

EDITORIAL

Alle Menschen werden Brüder?

Im Jahr 1817 beauftragte der preußische König Friedrich Wilhelm III. den damaligen Stararchitekten Karl Friedrich Schinkel, auf dem Gendarmenmarkt ein neues Schauspielhaus zu bauen. Das Ergebnis ist ein klassizistisches Meisterwerk. Vorbild war ein griechisches Monument, erbaut 320 vor Christus. An Säulen dieses Baus hat der chinesische Künstler Ai Weiwei orangene Rettungswesten geheftet. Sie stammen von den Küsten des Mittelmeers. Es ist ein großer Bogen, den dieses Bild auf der Titelseite unseres Heftes schlägt, von der antiken Kultur über das deutsche Selbstverständnis bis hin zu den Flüchtlingen, die es heute von Afrika und dem Nahen Osten in ein modernes Europa zieht – und die aus dem Meer gerettet werden oder auf ihrer Flucht ins vermeintlich „Gelobte Land“ ums Leben kommen.

Wie verändert die Migration unsere Gesellschaft, fragen wir in diesem Herder Korrespondenz Spezial. Kein anderes Thema beherrscht die öffentliche Debatte und den politischen Diskurs seit drei Jahren wie diese Fragen nach Flucht und Vertreibung, nach Integration und Abschottung. Dabei kommt es zu einer emotionalen Aufladung, wie sie Ai Weiwei mit seinen Werken, die dieses Heft bebildern, immer wieder nachzuahmen versucht. Flüchtlinge werden wahlweise zu einer Bedrohung oder einer Bereicherung. Migration wird als neuer Stützpfiler einer pluraleren Gesellschaft imaginiert – oder als Angriff auf eben die Säulen unserer abendländischen Kultur gebrandmarkt. Wir versuchen in diesem Heft diesen Kontroversen nachzugehen, ihnen nicht auszuweichen, aber zugleich auch einen ordnenden Blick zu finden. Von Joachim Gauck stammt das Zitat: „Unser Herz ist weit,

aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Dieses Spannungsfeld gilt es auszumessen, mit auf der einen Seite dem humanitären Impuls der Nothilfe, die natürlich aus dem christlichen Selbstverständnis erwachsen kann und muss, und auf der anderen Seite den tatsächlichen und vermeintlichen Grenzen der Hilfsfähigkeit und der Hilfsbereitschaft.

Im Berliner Schauspielhaus, das die DDR zum Konzerthaus umfunktioniert hat, triumphierte schon vor der Machtergreifung 1932/1933 Gustaf Gründgens in der Rolle des noch berühmteren Mephistopheles aus Goethes Faust, um sich dann als Intendant die gesamte Nazizeit von Hermann Göring fördern zu lassen. Insofern ist auch dieser Referenzpunkt in dem Bild mit den Rettungswesten angegeben. Und doch hatte ebenfalls am gleichen Ort 1826 die „Europahymne“ von Ludwig van Beethoven ihre Berliner Erstaufführung erlebt. Der Gendarmenmarkt mit Schauspielhaus und Schiller-Denkmal ist also ein Symbolort, an dem sich die Frage von Identität und Selbstvergewisserung genauso stellen lässt wie die von Integration und kultureller Verschiedenheit. Dazu finden sich in diesem Heft widerstreitende Texte. Nicht alle kommen zu so einer inklusiven Formulierung wie Armin Nassehi, der schreibt: „Das Migrantische und das Eigene begegnen sich nicht nur, das Migrantische ist inzwischen auch das Eigene, dem man nicht ausweichen kann.“ Vielleicht ist das aber die soziologische Umschreibung von Schillers emphatischem Vers „Alle Menschen werden Brüder“, was sich auch – träumerisch vielleicht – als Überschrift über das Bild dieses Platzes mit den orangenen Säulen schreiben ließe.

Die Redaktion wünscht anregende Lektüre!

INHALT

www.herder-korrespondenz.de

Spezial | September 2018



Zu den Bildern

Die Bilder dieses Themenheftes über Flucht und Migration haben wir von dem chinesischen Künstler Ai Weiwei zur Verfügung gestellt bekommen. Er hat sich dafür entschieden, nach Deutschland überzusiedeln, und lebt jetzt in Berlin. Was sind die Hintergründe für diesen Schritt und wie spiegelt er sich in seinen Kunstwerken?

63

EDITORIAL

1

INHALTSVERZEICHNIS

2

STREITGESPRÄCH – Abschiebung und Mitleid. Streitgespräch mit Präses Manfred Rekowski und dem JU-Vorsitzenden Paul Ziemiak

4

GESELLSCHAFT – Differenzen und Differenzierungen. Woher kommen die Flüchtlinge? Alexander-Kenneth Nagel

– Zwischen Islamisten, Verfolgten und Fremden. Wie die Mehrheitsgesellschaft auf Geflüchtete reagiert Gert Pickel

– Wirklich Parallelgesellschaften? Ein Plädoyer für eine Neujustierung des Blicks Armin Nassehi

– Die Geschichte einer Grenze. Morgenland und Abendland Peter Hersche

– Wir sind anders! Wir sind gleich! Identität, Religion und Integration Hans-Joachim Höhn

9

13

17

20

24

POLITIK

– Die Déjà-vus in der Zuwanderungsdebatte. Flucht und Migration seit 1949 Thomas Speckmann

– Warnende Beispiele. Die alten Volksparteien und die Neue Rechte Timo Lochocki

28

31



Gert Pickel

Das Klima gegenüber Geflüchteten ist weit pragmatischer, als es oft zu sein scheint.



Thomas Speckmann

Beim Blick auf frühere Debatten tauchen Schlagworte auf, die der heutigen Lage zu entstammen scheinen.



Eva M. Welskop-Deffaa

Die Akzeptanz darf nicht von der Entfremdung von kulturellen Wurzeln abhängig gemacht werden.

GELOBTES LAND WIE MIGRATION UNSERE GESELLSCHAFT VERÄNDERT

- Vertraute Fremde. Erfahrungen aus den östlichen Bundesländern Thomas Arnold 34
- Dazugehören. Beobachtungen zum Integrationsklimawandel Eva M. Welskop-Deffaa 37

THEOLOGIE

- Die Bibel und die Flüchtlingspolitik. Der Nahe, der Nähere und der Nächste Ludger Schwienhorst-Schönberger 41
- Umfassende Reflexion der Wirkungen. Streit um den migrationsethischen Horizont Marianne Heimbach-Steins 45

RELIGION

- Nur mit Wertekonsens. Muslimische Einwanderer müssen lernen, mit Vielfalt zu leben Bassam Tibi 50
- Glauben als Ressource für Integration? Zu den gesellschaftlichen Potenzialen und Grenzen von Religion Martin Baumann 51
- Wie sich der Islam in Deutschland verändert. Die aktuellen Diskussionen aus muslimisch-theologischer Sicht Mouhanad Khorchide 54
- Muslime bekehren? Eine zeugnisstarke Kirche baut keinen Erwartungsdruck auf Felix Körner 58

KULTUR

- Reisen der Hoffnung. Migrationsbewegungen im Film Reinhold Zwick 59
- Land mit Luft zum Atmen. Warum der Künstler Ai Weiwei nach Deutschland kam Alexander Ochs 63



Armin Nassehi
Bald schon wird eine Diskussion über ein Einwanderungsgesetz stattfinden.



M. Heimbach-Steins
Der Vorwurf, Gesinnungsethiker zu sein, ist eine Allzweckwaffe im Diskurs geworden.



Mouhanad Khorchide
Eine ausgehöhlte islamische Identität ist Herausforderung auch für die Theologie.

IMPRESSUM

Redaktion:

Volker Resing (Chefredakteur; verantw.), Dr. Stefan Orth (stellv. Chefredakteur), Julia-Maria Lauer, Dr. Benjamin Leven, Lucas Wiegelmann (Chefkorrespondent Vatikan)

Anschrift der Redaktion:

Hermann-Herder-Straße 4
79104 Freiburg
Telefon (07 61) 27 17-3 88
Telefax (07 61) 27 17-4 88
Berliner Büro
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4315
10117 Berlin

E-Mail:

herderkorrespondenz@herder.de

www.herderkorrespondenz.de

Verlag und Anzeigen:

Verlag Herder GmbH
Hermann-Herder-Str. 4
79104 Freiburg i. Br.

Anzeigenleitung:

Bettina Haller
E-Mail: anzeigenleitung@herder.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 1.1.2018

Die „Herder Korrespondenz“ erscheint jährlich mit 12 Monatsausgaben plus 2 Spezialausgaben.

Abonnentenservice:

Verlag Herder
79080 Freiburg i. Br.
Telefon (07 61) 27 17-200
E-Mail: aboservice@herder.de

Cover-Gestaltung:

C3 Creative Code and Content GmbH

Druck:

BWH GmbH
Beckstraße 10
30457 Hannover
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
ISBN 978-3-451-02736-9

Bildnachweise:

Cover: Ai Weiwei, Safe Passage, 2016; Courtesy Ai Weiwei Studio
S. 5: Andreas Bretz
S. 10: D. Teetz
S. 19: Hans-Günther Kaufmann
S. 22: Bertram Walter
S. 55: Fabian Matzerath
S. 60: Julia Holtkötter

Streitgespräch mit Präses Manfred Rekowski und dem JU-Vorsitzenden Paul Ziemiak

Abschiebung und Mitleid

Die Debatten über Flucht und Migration spalten das Land und haben zum Zwist zwischen Kirchen und CDU/CSU geführt. „Wir müssen mehr miteinander reden“, sagen deswegen Präses Manfred Rekowski und JU-Chef Paul Ziemiak. Die Fragen stellte VOLKER RESING.

Sie haben beide eine Migrationsbiografie. Wie sehr bestimmt Sie das noch heute?

Rekowski: Ich bin 1958 in Polen, in Masuren geboren, 1963 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Mich hat das geprägt, weil ich in einen völlig anderen Lebensbereich gewechselt bin. Vom Land in die Stadt, ins Ruhrgebiet nach Gladbeck. Meine Eltern mussten uns in einer Gesellschaft erziehen, die sie selbst nicht kannten. Ich fühle mich nicht mehr als Migrant, aber diese Herkunft gehört zu meinem Leben.

Ziemiak: Bei mir ist es ähnlich. Ich bin 1985 in Stettin geboren und war drei Jahre alt, als wir im Aufnahmelaager Friedland ankamen. Vor zwei Jahren war ich wieder dort. Zum ersten Mal habe ich ein Museum besucht, welches einen Teil meines Lebens beschreibt.

Können Sie Integrationsprobleme beschreiben, die Sie durchlebt haben?

Ziemiak: Ich habe gemerkt, dass meine Eltern nicht so gut Deutsch sprachen wie andere Eltern. Kinder merken so etwas. Ich habe dann mit zehn oder elf Jahren schon meinen Eltern geholfen, zum Beispiel beim Übersetzen von Briefen oder beim Gang zu einer Behörde.

Rekowski: Bei mir war das anders. Meine Eltern sprachen perfekt Deutsch. Ich selbst aber hatte diesen markanten ostpreußischen Dialekt, der machte mich auf den Schulhöfen und auf den Straßen schon zum Polen. Meine Eltern fanden das schlimm, weil sie sich selbstverständlich als Deutsche sahen.

Herr Ziemiak, wie war das damals mit dem Selbstverständnis bei Ihnen?

Ziemiak: Wir kamen aus einem polnisch sozialisierten Umfeld, waren aber auch Aussiedler. Es war bei uns immer beides, die eigene polnische Geschichte und auch der Bezug, als Aussiedler dahin gekommen zu sein, wo man hin wollte und hingehörte. Aber es war ein Ankommen in der Fremde, nicht ein Ankommen in der Heimat. Die Fremde wurde erst



später zur Heimat. Ich freue mich heute, dass ich zweisprachig aufgewachsen bin und noch immer Polnisch spreche. Es ist allerdings konserviert, ein sehr braves Polnisch der Achtzigerjahre.

Migranten wurden auch in der Nachkriegszeit nicht nur positiv gesehen. Kann man die Situation von Flüchtlingen heute mit Ihren Lebenswegen vergleichen?

Rekowski: Meine Familie hat schon auch erlebt, dass die Vertriebenen, wie es hieß, skeptisch betrachtet wurden. Zum Beispiel weil wir etwa einen Lastenausgleich vom Staat bekamen und uns damit ein kleines Einfamilienhaus bauen konnten, obwohl mein Vater nur ein ungelernter Arbeiter war. Da gab es natürlich den Argwohn der Alteingesessenen. Diese Sichtweisen gibt es heute auch noch.

Ziemiak: Auch Aussiedler haben Ablehnung erlebt. Ich glaube aber nicht, dass wir das miteinander vergleichen sollten. Das hilft überhaupt nicht und führt nur zu falschen Aufrechnereien. Vielmehr müssen wir uns die unterschiedlichen Sachverhalte differenziert anschauen. Die Zuwanderung nach Deutschland in den vergangenen Jahren ist eben doch etwas völlig anderes.

Rekowski: Es gibt da durchaus Ähnlichkeiten. Ich habe erlebt, wie schwierig es für meine Eltern war, in einer neuen Gesellschaft anzukommen, die Spielregeln einer Gesellschaft kennenzulernen und weiterzugeben. Das ist heute für Menschen, die aus völlig anderen Kulturkreisen kommen, eher noch schwerer.

Ziemiak: Aber darum geht es mir. Wir dürfen es uns da nicht zu einfach machen und das gegeneinander aufrechnen nach dem Motto: Halb so schlimm, Schwierigkeiten gibt es immer, am Ende wird Integration immer gelingen. So ist es nicht. Es lässt sich eben nicht einfach über die Flüchtlinge sprechen, es ist viel komplizierter.

Werden wir konkreter mit Blick auf das Thema Kriminalität unter Flüchtlingen und die verschärfte Radikalisierung der Debatten etwa nach den Vorfällen in Chemnitz. Wie müssen wir damit umgehen?

Rekowski: Wichtig ist eine nüchterne Debatte und eine Rückkehr zur Rationalität. Hohe Kriminalitätsraten haben wir bei allen 20- bis 30-Jährigen. Egal ob Flüchtling oder nicht. Ich glaube gerade nach der Chemnitz-Debatte, dass wir falsche Schwerpunkte setzen. Die Leute machen sich Sorgen um Wohnungsnot und Altersarmut, stattdessen reden wir über drei Menschen, die wir an der bayrisch-österreichischen Grenze zurückschicken oder nicht. Wenn wir die Mainstream-Debatten über die Flüchtlinge führen, werden wir der Lage nicht gerecht.

Ziemiak: Fakt ist aber doch, dass das Thema Migration viele Menschen sehr bewegt. Politik muss sich deswegen damit intensiv beschäftigen.

Rekowski: Aber es ist falsch, wie es Bundesinnenminister Horst Seehofer getan hat, von der Mutter aller Probleme zu sprechen. Natürlich haben wir Probleme bei Migration und Integration, und sie müssen eingeordnet und gelöst – aber nicht überbewertet werden.

Konkret geht es zum Beispiel um Zurückweisung oder mehr Abschiebungen. Brauchen wir mehr Abschiebungen oder nicht ist dann so ein zugespitzter Streitpunkt.

Ziemiak: Nein, denn so eine pauschale Aussage bringt uns nicht weiter. Diejenigen, die hierbleiben wollen und dürfen, müssen sich integrieren und dabei müssen wir helfen. Das gehört zu unserer christlichen Verantwortung. Wenn sich aber am Ende eines Verfahrens herausstellt, dass jemand weder politisch verfolgt noch Flüchtling ist, sondern unser Land wieder verlassen muss, dann muss das auch umgesetzt werden. Abschiebung ist dann die Ultima Ratio.

Rekowski: Aber wir müssen bei dieser Frage doch erstmal den Blick weiten. Flucht und Migration sind ein Welt-Problem. Rund 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Dafür brauchen wir Lösungen und Strategien. Das lässt sich gewiss nicht lösen mit offenen Grenzen pur: alle ins Land. Das will auch niemand. Die Spielregeln müssen aber klar sein. Derzeit zwängen sich alle durch die enge Tür des Asylrechts. Wir brauchen zusätzlich ein Einwanderungsgesetz, welches legale Zuwanderung ermöglicht.

Aber wir haben ja Spielregeln. Und nach diesen Regeln gibt es Menschen, die das Land verlassen müssten. Nun ist das schwierig, manche sagen,

Abschiebung ist generell menschenunwürdig. Was sagen Sie?

Rekowski: Ich weiß von der Arbeit der Behörden, dass wir noch nicht an dem Punkt sind, dass die Verfahren alle schnell und qualitativ gut laufen. Wenn aber nach rechtsstaatlichem Verfahren entschieden wurde, gehört dazu auch die Rückkehr, am besten die freiwillige Rückkehr. Wenn das nicht greift, müssen, trotz aller Härten, Abschiebungen ein legitimes Mittel sein.

Herr Ziemiak, Migration als Mutter aller Probleme. Wie erleben Sie das?

Ziemiak: Ich bin viel unterwegs. Obwohl die Sorgen und Nöte sehr unterschiedlich sind, wird alles auf die Migrationsfrage zusammengestaucht. Ein Beispiel ist eine Plattenbausiedlung im Osten, von der mir neulich jemand erzählt hat. Da gibt es drei Gruppen von Bewohnern. Solche mit geringem Einkommen, solche, die von Sozialhilfe leben, und Flüchtlinge. Nebenkosten werden umgelegt. Dann entsteht Unmut, weil man die Flüchtlinge verdächtigt, nicht auf Verbrauchskosten zu achten, weil sie diese ja nicht selbst zahlen müssen. Derjenige mit geringem Einkommen muss aber die Umlage selbst aufwenden. Da wer-

den soziale Probleme mit der Migrationsfrage vermengt. Ein anderes Beispiel ist das Ruhrgebiet: Hier leben Sinti und Roma, bei denen der regelmäßige Schulbesuch der Kinder schwierig ist, auch Kriminalität ist ein Problem. Oder nehmen Sie die libanesischen Clan-Kriminalität in Berlin. Mit Flucht und Asyl hat das eigentlich nichts zu tun. Doch es wird alles darauf bezogen. Und zum Thema Jugendkriminalität, Herr Rekowski: Fahren Sie mal mit einer Nachtschicht der Bundespolizei durch die Bahnhöfe. Da hat die große Mehrheit der aufgegriffenen Straftäter keine deutsche Staatsbürgerschaft.

Rekowski: Trotzdem ist es falsch, Migrant*innen, also Menschen, als Problem darzustellen. Vielmehr müssen Sorgen ernst genommen und Probleme gelöst werden, die Integration behindern und das Zusammenleben erschweren. Dazu gehört, dass etwa bei der Zusammensetzung von Wohngebieten die Integrationsfähigkeit auch von der Politik mit bedacht werden muss. Wenn, wie in meiner Heimat in Wuppertal, alle Flüchtlinge und auch EU-Migrant*innen wegen der besonders günstigen Wohnpreise in nur ein Viertel ziehen, muss man sich nicht



Manfred Rekowski

wurde 1958 in Polen, in Mojtyny (Masuren) geboren und zog als Fünfjähriger mit seinen Eltern nach Deutschland. Er studierte in Bethel, Marburg, Bochum und Wuppertal evangelische Theologie. Seit 2013 ist Rekowski Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Er ist Vorsitzender der Kammer für Migration und Integration der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).



Paul Ziemiak

wurde 1985 im polnischen Stettin geboren und zog 1988 mit seinen Eltern nach Deutschland. Er hat in Osnabrück und Münster Jura studiert. Seit 2016 ist Ziemiak Bundesvorsitzender der Jungen Union. Bei der Bundestagswahl 2017 kandidierte er im Wahlkreis Here/Buchung II und zog über die CDU-Landesliste in den Bundestag ein.

Rekowski: „Rund 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Dafür brauchen wir Lösungen.“

wundern, wenn es Schwierigkeiten und Konflikte in Schulen und Kitas gibt.

In der Folge des Jahres 2015 und des starken Zuzugs von Flüchtlingen nach Deutschland haben sich die politischen Debatten zugespitzt. Wie bewerten Sie die Lage?

Rekowski: Wir haben die Lage damals, etwa was die Sicherheitsfragen angeht, unterschätzt. Das muss ich auch persönlich selbstkritisch sagen. Es gab damals eine große Bereitschaft zu helfen. Das war ein großes Zeichen. Bei der Registrierung und Überprüfung der Migranten ist auch manches unterblieben. In manchen Bundesländern wie im Saarland ist die Aufnahme der Flüchtlinge viel besser gelaufen als anderswo. Die Bundeskanzlerin hat 2015 in einer schwierigen Lage eine humanitäre Entscheidung getroffen, die ich sehr respektiere. Aus heutiger Sicht hätte man vielleicht andere humanitäre Lösungen finden können.

Ziemiak: Es bringt wenig, immer wieder auf 2015 zu blicken. Das war eine singuläre humanitäre Entscheidung, die nicht Grundlage der zukünftigen Migrationspolitik sein kann. Deswegen geht es nun seit drei Jahren um die Steuerung von Migration: um Grenzsicherung, um gemeinsame

Standards und um Rückführung. Wir müssen eben klar sagen, wo wir helfen und wo wir nicht helfen können.

Rekowski: Es ist richtig, dass wir nicht alle aufnehmen können. Aber manche Vorschläge aus Bayern klangen so, als wolle man sich das Problem vom Hals schaffen. Das geht nicht. Wir müssen nach christlichem Verständnis helfen wollen.

Präses Rekowski, Sie waren auf der Mittelmeerinsel Malta und haben klar gesagt, dass es nicht sein könne, dass Menschen gehindert werden, anderen Menschen das Leben zu retten. Andererseits gibt es einen Zusammenhang von Schleppern und Helfern. Was tun?

Rekowski: Wir können nicht wegschauen, wenn Menschen in Not sind. Es kann keine Lösung sein, Rettungsboote festzusetzen. Man kann doch nicht billigend in Kauf nehmen, dass Menschen ertrinken.

Ziemiak: Wir müssen aufpassen, mit der Argumentation nicht ins Extreme abzugleiten. Die einen sagen „Grenze zu“, dann geht es uns wieder gut. Die anderen sagen „Grenze auf“, dann wird alles besser. Selbstverständlich ist es richtig und legitim, Menschen in Seenot zu retten. Aber es darf nicht un-

Ziemiak: „Es darf nicht unter dem Deckmantel der Seenotrettung zu einer Art illegalem Transfer von einem Kontinent zum anderen kommen.“



Ai Weiwei, F Lotus, 2016

© Courtesy Ai Weiwei Studio

ter dem Deckmantel der Seenotrettung zu einer Art illegalem Transfer von einem Kontinent zum anderen kommen.

Rekowski: Das halte ich für eine Unterstellung.

Ziemiak: Solche Fälle sind aber dokumentiert worden. Da springen Menschen von einem Boot der libyschen Küstenwache ins Meer, um ein Boot einer Nichtregierungsorganisation zu erreichen, welches in Sichtweite ist, weil sie wissen, das bringt sie nach Europa. Humanitäre Politik darf nicht nur nach Fernsehbildern gehen, sondern humanitäre Politik muss auch den Menschen dienen, die es gar nicht erst bis zur Mittelmeerküste schaffen. Was ist mit den Menschen, die in Afrika unterwegs sind, was ist mit den Menschen, die zu schwach sind, um sich auf den Weg nach Europa zu machen? Unsere Politik muss diese Menschen in den Blick nehmen, nicht nur diejenigen, die es bis an unsere Grenze schaffen.

Rekowski: Im Juni dieses Jahres, als die NGO-Boote nicht fahren durften, hatten wir die höchste Quote an Toten im Mittelmeer, seitdem gezählt wird. Die Unterstellung, die Rettungsboote seien erst der Magnet für die Flüchtlinge, weise ich entschieden zurück. Trotzdem müssen wir auch nach neuen Wegen suchen. Können wir etwa für besonders schutzbedürftige Menschen humanitäre Korridore einrichten, um die gefährliche Flucht übers Meer zu vermeiden?

Wenn nicht alle nach Europa kommen dürfen, hat das ein schärferes Grenzregime zur Folge. Unterstützen Sie denn die Aufstockung von Frontex und auch die Beteiligung Deutschlands an der Grenzsicherung etwa zwischen Spanien und Marokko?

Rekowski: Es geht für mich um die Grundausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik – und da bin ich manchmal der Verzweiflung nah. Europa ist eine Wertegemeinschaft. Wenn es da nur um Abschottung geht, treten wir diese Werte mit Füßen. Humanitäre Flüchtlingspolitik schließt maßvolle Grenzsicherung nicht aus, sie darf aber nicht an erster Stelle stehen.

Ziemiak: Wir sollten nicht den Zerrbildern von Grenzsicherung nachhängen, wie sie von rechts und links gezeichnet werden. Natürlich müssen Menschen im Mittelmeer gerettet werden, natürlich muss mit Flüchtlingen an der Grenze menschenwürdig umgegangen werden. Aber wer gerettet und humanitär versorgt wird, hat dadurch nicht automatisch für immer gleich ein uneingeschränktes Aufenthaltsrecht in der Europäischen Union für sich und seine Familie errungen.

Menschen, die kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben, dürfen ihre Familien nicht mehr nachholen. Ist das richtig?

Rekowski: Nein, das halten wir für falsch. Ich setze mich dafür ein, dass alle ihre Familien zu sich holen können. Familien gehören zusammen, das ist unser christliches Verständ-

nis. Ich habe selbst biografisch erlebt, wie traumatisierend das ist, wenn Familien auseinandergerissen werden. Es ist ein bürokratisches Unwort, hier von „nur subsidiär Schutzbedürftigen“ zu sprechen. Auch das sind Menschen. Keiner weiß, wann sie zurückkönnen. Deswegen brauchen sie ihre Familienangehörigen bei sich.

Ziemiak: Da bin ich anderer Meinung. Wir können nicht allen versprechen, dass sie ihre Familien nachholen dürfen. Das wäre das falsche Signal, das können wir nicht leisten. Wir können nicht allen in gleicher Weise helfen. Die Menschen brauchen schnell eine Entscheidung – das ist richtig –, damit eine Trennung von der Familie nicht unangemessen lange andauert. Dann braucht es Kriterien für Ausnahmeregeln. Wir müssen uns vor allem um die Integration derer kümmern, die hierbleiben werden.

Rekowski: Diese Grenzziehung ist unnötig, weil die Zahlen, um die es geht, nicht so hoch sind. Deswegen ist das eine falsche symbolpolitische Debatte. Ich würde mir da ein klares humanitäres Signal wünschen.

Rekowski: „Es geht für mich um die Grundausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik – und da bin ich manchmal der Verzweiflung nah.“

Die Debatte um Flucht und Migration wird teilweise emotional und zugespitzt geführt. Welche Tonlage ist richtig?

Ziemiak: In der Kommunikation können wir deutlich besser werden. Der Masterplan von Horst Seehofer und Gerd Müller war gut und ist in seiner Breite auch gelobt worden. Die Debatte ging dann nur über den letzten Punkt der Zurückweisungen. Das war falsch.

Rekowski: Politiker haben eine Verantwortung für die politische Kultur, dazu gehört auch die Sprache. Wenn der Bundesinnenminister mit einer gewissen Freude über die Abschiebung von 69 Flüchtlingen spricht, ist das sicher kein guter Beitrag in einer schwierigen Debatte.

Ziemiak: Ich verteidige solche Beiträge nicht, da sie einen falschen Eindruck vermitteln. Es gab den Eindruck, es gebe kein Mitgefühl, das ist aber nicht richtig. Natürlich empfindet jeder auch Mitleid, wenn Menschen Deutschland verlassen müssen in eine ungewisse Zukunft und dies nicht wollen. Jede andere Haltung wäre schlimm. Dennoch gilt unser Rechtsstaat, und es ist dann richtig, dass Menschen abgeschoben werden.

Im Kirchenasyl wird mit Hilfe einer rechtsstaatlichen Grauzone Menschen geholfen. Kann das so bleiben?

Ziemiak: Das Kirchenasyl als Institution hat eine lange Geschichte. Das Kirchenasyl ist ein hohes Gut. Die Kirchen müssen damit verantwortlich umgehen und nicht den Eindruck vermitteln, dass sie es nutzen, um den Rechtsstaat zu umgehen.

Rekowski: Beim Kirchenasyl geht es um eine Ultima Ratio. Wenn Kirchengemeinden Flüchtlinge begleiten und merken,

dass ein Rechtsakt ihrer Situation nicht gerecht wird, versuchen wir durch das Kirchenasyl Zeit für eine Klärung zu gewinnen. Wir wollen aber nicht Recht außer Kraft setzen. Wir versuchen uns an die Spielregeln zu halten. Das gelingt in vielen Fällen, nicht in allen.

Präses Rekowski hat mal gesagt, die CDU und die CSU würden in ihrer Haltung zur Flüchtlingspolitik die „Humanität outsourcen“. Wie verteidigen Sie Ihre Partei, Herr Ziemiak?

Ziemiak: Wenn die Aussage stimmt, ist sie beleidigend, denn sie verkennt den Umstand, dass die Union viel für den Zusammenhalt der Gesellschaft getan hat und sich engagiert für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einsetzt.

Kommen Ihnen die kirchlichen Positionen in der Flüchtlingspolitik manchmal als zu naiv oder idealistisch vor?

Ziemiak: Ich erlebe, dass wir viel zu wenig miteinander sprechen und uns immer mehr missverstehen. Aber das gilt für beide Seiten. Diese Dissonanz ist unnötig, weil wir eigentlich eine große Nähe haben sollten. Von den Kirchen wünsche ich mir ein Verständnis dafür, dass wir nicht nur die reine Lehre predigen können, sondern wir auch handeln müssen und Verantwortung für den Rechtsstaat und seine Gerichte haben. Das bedeutet zum Beispiel auch weltweite Verantwortung und nicht nur einen nationalen Blickwinkel.

Rekowski: „Outsourcen“ gehört durchaus zu meinem Sprachgebrauch. Ich kritisiere die Unions-Parteien dann, wenn sie sich, wie eben gesagt, die Probleme nur vom Hals schaffen wollen, ohne humanitäre Verantwortung zu übernehmen. Diese Haltung gibt es auch in der CDU und dann kritisiere ich sie. Wie Sie, Herr Ziemiak, das hier formulieren, kann ich das teilen.

Bundesinnenminister Horst Seehofer vorzuwerfen, er wolle Flüchtlingen nicht helfen, ist doch nicht ganz richtig. Er will Zurückweisung und Abschiebung, aber das Asylrecht nicht abschaffen. Oder?

Rekowski: Ich fand seine Haltung in der Debatte falsch, weil er den Eindruck vermittelt hat, man könne das Flüchtlingsproblem mit einfachen Mitteln lösen. Aber selbstverständlich respektiere und achte ich die Arbeit der Politiker und auch ihre Suche nach Kompromissen.

Der Evangelische Kirchentag in Berlin im vergangenen Jahr hat „mehr Menschlichkeit“ in der Flüchtlingspolitik gefordert. Macht es sich die evangelische Kirche da nicht mitunter zu einfach? In kaum einem anderen Land der Welt geht es Flüchtlingen so gut wie in Deutschland.

Rekowski: Dieses Klischee passt nicht. Wir sind nicht nur die sogenannten Gutmenschen. Wir sind im Übrigen von

Papst Franziskus bis zu Kardinal Rainer Maria Woelki in guter Gesellschaft, was den Einsatz für eine humanitäre Flüchtlingspolitik angeht. Aber ich stimme Paul Ziemiak zu: Wir brauchen mehr gemeinsames Ringen um den richtigen Weg einer humanitären Flüchtlingspolitik und dürfen uns nicht nur gegenseitig verdächtigen.

Herr Ziemiak, manchmal scheint die Debatte vor allem von der AfD getrieben. Was ist der richtige und angemessene Umgang mit dieser Partei?

Ziemiak: „Wir dürfen uns nicht so viel mit der AfD beschäftigen. Wir müssen denen zuhören, die unzufrieden sind.“

Ziemiak: Wir dürfen uns nicht so viel mit der AfD beschäftigen. Wir müssen denen zuhören, die unzufrieden sind mit der bestehenden Politik. Und vor allem nicht alle über einen Kamm scheren. Es gibt einen Teil der AfD-Wähler, der für uns nicht erreichbar ist. Um die anderen müssen wir uns aber kümmern – zumindest genau zuhören.

Herr Rekowski, welchen Umgang mit der Partei AfD und ihren Anhängern empfehlen Sie in der Gesellschaft und in Ihrer Kirche?

Rekowski: Ich bin auch absolut gegen diese AfD-Fixierung. Das Wichtigste ist, die sozialen Probleme anzugehen. Aber wir sind eine Volkskirche, deswegen spiegelt sich der Anteil der AfD-Wähler wohl selbst in unserer Kirche wider.

Wir müssen die christliche Kultur verteidigen, so haben Sie dies einmal formuliert, Herr Ziemiak. Was heißt das genau, welche Auswirkungen hat das?

Ziemiak: Wir müssen uns offen dazu bekennen, dass wir ein christlich geprägtes Land sind. Auch an scheinbaren Äußerlichkeiten wird das deutlich. Wenn Adventsmärkte nicht mehr so heißen sollen, weil man meint, Rücksicht nehmen zu müssen, halte ich das für falsch. Das gilt aber auch für den Schutz der christlichen Symbole. Diejenigen, die auf einer Pegida-Demo das Kreuz zur Verteidigung des christlichen Abendlandes hochhalten, haben die Botschaft des Christentums nicht verstanden. Sie missbrauchen das Kreuz. Gott kennt keine Unterscheidung nach Nationen und Hautfarben. Wir sind ein christliches Land, deswegen helfen wir vielen Flüchtlingen, nicht obwohl, sondern weil wir Christen sind.

Herr Rekowski, können Sie mit dem von Paul Ziemiak so eingeführten und verwendeten Begriff der „christlichen Kultur“ etwas anfangen?

Rekowski: Wir sind historisch ein christlich geprägtes Land. In unserem Land gilt aber die Religionsfreiheit, deswegen haben wir auch eine Vielfalt an Religionen. Wir bringen uns mit unserem christlichen Glauben in die Gesellschaft ein, respektieren aber selbstverständlich alle anderen Religionen. Es ist manchmal überraschend, dass die Muslime viel offener die religiöse Dimension in die Gesellschaft einbringen als wir. Das ist eine Anfrage an uns, uns nicht zu verstecken. ■